

Die Klimapolitik von New York City dürfte das Leben für die Mittelschicht noch unerschwinglicher machen

geschrieben von Chris Frey | 3. Januar 2024

[NICK POPE](#), [Daily Caller](#)

New York City treibt mehrere klimapolitische Maßnahmen voran, die den Alltag in einer der teuersten Städte des Landes für die Mittelschicht wahrscheinlich noch teurer machen werden.

Die Stadt will ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 % [senken](#), ein umfassendes Gesetz zur Elektrifizierung von Gebäuden, bekannt als Local Law 97, durchsetzen und eine Gebühr für den Autoverkehr erheben. Jede dieser Maßnahmen wird die Kosten für das Leben und Arbeiten in der größten Stadt des Landes erhöhen, insbesondere für die Mittelschicht, so Energie- und New Yorker Politikexperten gegenüber der Daily Caller News Foundation. Queens, Brooklyn und Manhattan gehören laut einer von CNBC durchgeführten [Analyse](#) bereits zu den 15 teuersten Orten zum Leben in den Vereinigten Staaten.

„Die Stadt ist wohlhabend, weil irgendwo da draußen Menschen Energie, Lebensmittel, Kleidung und so weiter produzieren, und die Menschen handeln all das in New York“, sagte Dan Kish, ein leitender Mitarbeiter des Institute for Energy Research, dem DCNF. Das Emissionsziel der Stadt „wird die Dinge teurer machen und die Menschen an Orte wie Florida vertreiben“, fügte er hinzu.

Diese Kapitalflucht würde die Steuerbasis schrumpfen lassen und damit die Finanzen der Stadt weiter belasten, sagte Kish dem DCNF. „Menschen, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, also arbeitende Menschen, haben nicht die Möglichkeit, einfach ihre Sachen zu packen und wegzugehen“, sagte Kish dem DCNF. „Aber es ist einfach, wenn man Mike Bloomberg heißt [Bürgermeister von New York City, A. d. Übers.]“

Das [Local Law 97](#) sieht Emissionsstandards vor, die etwa 50.000 Gebäude in New York City ab 2024 erfüllen müssen, wobei der New York Times [zufolge](#) ab 2030 zusätzliche Beschränkungen eingeführt werden.

Einige Gebäude lassen sich leichter mit der entsprechenden Verkabelung und Ausrüstung nachrüsten als andere, und ein großer Teil der hohen Kosten, die Vermietern und Gebäudeeigentümern für die Einhaltung der Vorschriften entstehen, wird mit ziemlicher Sicherheit auf die Bewohner abgewälzt werden, erklärte Jane Menton gegenüber dem DCNF. Sie ist eine

Mutter, die in einer Genossenschaft in Queens lebt und eine Basisinitiative gegen das Local Law 97 geleitet hat.

„Die Progressiven in Queens, Manhattan und Brooklyn haben so viel Angst davor, sich gegen das Narrativ zu stellen, dass diese Vorschrift eine Klimälösung ist... aber es ist unerschwinglich, Gebäude auf Strom umzurüsten, also werden sie nicht umrüsten, um die Vorschrift zu erfüllen, sondern nur Geldstrafen zahlen, die es der Stadt dann ermöglichen, das Geld zum Stopfen von Haushaltslöchern zu verwenden,“ sagte Menton dem DCNF. „Die gleichen Politiker und Befürworter, die behaupten, sich um die Arbeiterklasse der Stadt zu kümmern, haben ein Gesetz geschrieben, das eben diese aus ihren Häusern verdrängen wird... funktionell gesehen ist dieses Gesetz einfach eine Kohlenstoffsteuer für die Mittelklasse.“

Andere Städte wie [Boston](#) haben sich für ähnliche Maßnahmen zur Elektrifizierung von Gebäuden eingesetzt, um den Klimawandel zu bekämpfen, und die Regierung Biden hat Hunderte von Millionen Dollar [ausgegeben](#), um staatliche und kommunale Regierungen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur „Dekarbonisierung“ von Gebäuden zu unterstützen.

Die Gebühren für New York City werden von der Metropolitan Transportation Authority (MTA) erhoben, die technisch gesehen keine Behörde ist, die unter der Schirmherrschaft der Stadtverwaltung steht.

Die Gebühren sollen die Emissionen und die Luftverschmutzung verringern, indem von den Autofahrern Gebühren für die Einfahrt in bestimmte Teile der Stadt erhoben werden. Konkret hat die MTA vorgeschlagen, für die Einfahrt in einen großen Teil Manhattans 15 Dollar für Pkw und 36 Dollar für Lkw zu verlangen, wie der lokale Sender NBC 4 [berichtet](#).

Der Vorschlag könnte jedoch das Verkehrsaufkommen auf den Straßen der Stadt nicht wesentlich verringern und möglicherweise sogar die Staus in Gebieten wie der Bronx vergrößern, wie die New York Post [berichtet](#). Qualifizierte Fahrer mit niedrigem Einkommen, die sich bei den zuständigen Behörden registrieren lassen, könnten außerdem nach den ersten zehn Fahrten in das betreffende Gebiet von Manhattan einen Rabatt von 50 % auf die Gebühren erhalten, so die lokale digitale Nachrichtenagentur [northjersey.com](#)

„Staugebühren sollten in erster Linie als Einnahmequelle betrachtet werden, um die unvertretbar hohen Kapitalkosten der MTA zu decken“, erklärte Ken Girardin, Forschungsdirektor der auf New York fokussierten Denkfabrik Empire Center gegenüber der DCNF. „Was die Verkehrsüberlastung selbst betrifft, so haben es die politischen Entscheidungsträger abgelehnt, grundlegende Dinge wie die Durchsetzung von Parkregeln oder die Reduzierung der Parkerlaubnisse für Angestellte des öffentlichen Dienstes oder andere politische Veränderungen vorzunehmen, welche die Autos von den Straßen Lower Manhattans wegbringen würden, weil dies keine Dinge sind, für die man Geld leihen kann.“

Auch für Menschen, die nicht in der Stadt wohnen, aber jeden Tag zur Arbeit fahren, würde diese Politik das Leben teurer machen, so [Politico](#). In London, der größten Metropole Großbritanniens, haben Politiker ein ähnliches System ausprobiert, das der republikanische New Yorker Stadtrat Joseph Borelli aus Staten Island im Januar bei der Erörterung der bevorstehenden New Yorker Version des Systems als „komplettes Desaster“ und „klägliches Scheitern“ [bezeichnete](#).

Wenn der gesamte Bundesstaat New York heute auf „Netto-Null“ umstellen würde, würden laut Klimamodellierung der Vereinten Nationen bis 2050 lediglich 0,0023° F der globalen Erwärmung vermieden. „Das ist bei weitem nicht messbar und schon gar nicht signifikant. Es würde also nichts erreicht werden“, sagte Steve Milloy dem DCNF, ein leitender Jurist des Energy and Environment Legal Institute. „Die Unternehmen werden in New York bleiben und die Klimaagenda mittragen, einschließlich hoher Steuern, solange die Kosten auf die Anwohner abgewälzt werden können. Wenn die Rentabilität aufhört, werden die Unternehmen abwandern... Die Kosten der Klima-Agenda sind regressiv. Die ärmeren Menschen werden sie zuerst zu spüren bekommen.“

Die Büros des demokratischen New Yorker Bürgermeister Eric Adams und der MTA reagierten nicht sofort auf die Bitte der DCNF um Stellungnahme.

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/12/28/new-york-citys-climate-policies-could-make-life-even-more-unaffordable-for-the-middle-class/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Die Welt wird nicht aufhören, Kohle zu verbrennen und Öl zu verbrauchen

geschrieben von Chris Frey | 3. Januar 2024

[Don Ritter](#)

John Kerry kämpft mit der Realität wie Don Quijote mit den Windmühlen. Während die 28. UN-Vertragsstaatenkonferenz (COP 28) in Dubai zu Ende ging, wettete Amerikas präsidentialer Sondergesandter für das Klima über die Finanzierung und den Bau neuer Kohlekraftwerke. Er erklärte sich selbst zu einem „militanten“ Gegner der Kohle. Er verurteilte diejenigen, die ein neues Kohlekraftwerk bauen würden, ganz persönlich.

Dabei weiß er nur zu gut, dass China allein im vergangenen Jahr über hundert Kohlekraftwerke finanziert und gebaut hat und derzeit die schwindelerregende Zahl von 234 Gigawatt an Kohlekraftwerken errichtet. Jedes Gigawatt entspricht einem neuen 1000-Megawatt-Kohlekraftwerk.

Diese schwindelerregenden Zahlen und der entsprechende Anstieg der CO₂-Emissionen stellen die hart erkämpften CO₂-Reduzierungen in den USA und Europa in den Schatten. China allein ist die Mega-, ja Giga-Windmühle, gegen die Kerry ankämpft.

Die COP 28 wurde von den ölreichen Vereinigten Arabischen Emiraten ausgerichtet. Der Leiter eines riesigen Ölkonzerns aus Abu Dhabi war der Vorsitzende der Konferenz, der sich für die Bedeutung fossiler Brennstoffe für die Zukunft der Weltwirtschaft aussprach und erklärte, dass „es keine wissenschaftlichen Belege für die Forderung nach einem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen gibt“.

Das nächste Gastland der COP 29 ist ein weiterer Ölproduzent, Aserbaidschan. Die großen Erdölproduzenten im Nahen Osten sowie Russland, Algerien, Guyana, Iran, Venezuela, Aserbaidschan, Indonesien und andere Länder wollen ihre Produktion in absehbarer Zeit ausweiten.

Die Verbraucherwelt bezahlt sie dafür großzügig. Sie mögen zwar Lippenbekenntnisse zum politisch und öffentlich populären Klimawandel abgeben, aber angesichts der globalen wirtschaftlichen Realität gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass die Erzeugerländer jemals ihre primären Reichtumsquellen Öl und Gas und vor allem Kohle aufgeben werden. Auch die Energie verbrauchenden Länder werden dies angesichts der Symbiose zwischen Erzeugern und Verbrauchern nicht tun.

Nach Angaben der Vereinten Nationen nahmen etwa 70.000 Menschen an der COP 28 teil, wobei die wohlhabenderen unter ihnen, darunter auch Mr. Kerry, mit ihren CO₂-verursachenden Privatjets anreisten, die Treibstoff verbrauchten. Die Konferenz war ein Segen für Dubais Tourismusindustrie und ein bemerkenswertes Reiseziel für Touristen. Letztlich enthält die Abschlusserklärung der COP 28 jedoch nur mahnende Worte zum „Übergang“ weg von fossilen Brennstoffen, nicht aber ein Versprechen zum „Ausstieg“ aus fossilen Brennstoffen.

Hartgesottene Klimaaktivisten, angeführt von Kerry, setzten sich aggressiv für einen „Ausstieg“ ein, bekamen ihn aber nicht. Das bedeutet, dass China, Indien und Entwicklungsländer auf der ganzen Welt weiterhin Kohle verbrennen werden, um ihren Strom zu beziehen.

Der Nutzen für andere

Sie werden weiterhin Öl und Gas benötigen, um ihre Autos anzutreiben, ihre Wirtschaft anzutreiben und raffinierte Öl- und Gasderivate zu verwenden, die in so gut wie allen Produkten der modernen Welt enthalten sind. Wenn John Kerry erklärt, dass „nirgendwo auf der Welt“ Kohlekraftwerke genehmigt werden sollten, so gelten seine Worte eigentlich nur für die Vereinigten Staaten, nicht für „irgendwo auf der Welt“.

Als Ergebnis der COP 28 werden die großen globalen CO₂-Emittenten immer noch in der Lage sein, auf fossilen Brennstoffen basierenden Wohlstand zu produzieren, während die Biden-Administration weiterhin versuchen wird, die Kohle – sowie Öl und Gas in geringerem Umfang (vorerst) – zu vernichten und damit Amerikas Industrie- und Fertigungssektor sowie die privaten Strompreiszahler hier zu Hause zu untergraben.

Vergessen Sie die drohenden Stromausfälle, wenn Kohle- und Gaskraftwerke vorzeitig „stillgelegt“ werden (83 Gigawatt), die das Ergebnis „grüner“ staatlicher Regulierungsmaßnahmen und massiver vom Steuerzahler finanzierter Programme sind, um „grün“ zu werden. Allein in der Region Pittsburgh werden in diesem Jahr zwei Kohlekraftwerke vorzeitig stillgelegt, weil neue Vorschriften sie unwirtschaftlich machen – Vorschriften, die nicht aus Harrisburg, sondern aus Washington kommen. Vorschriften, die nicht berücksichtigen, wie sehr die Region diese Energie benötigt.

Staaten wie Pennsylvania, West Virginia und Kentucky sind vom Krieg der Regierung gegen die Kohle schwer betroffen – ein Krieg, der nicht für die Bergleute in Russland, Brasilien, Indien und China gilt, um nur einige Länder zu nennen, die von der Kohle leben.

Die USA verfügen über Kohlereserven für 450 Jahre, die größten der Welt. Pennsylvania verfügt über einige der besten Steinkohlevorkommen der Welt, Kohle, die von Verbrauchern und Entwicklungsländern in aller Welt begehrt wird. In Pennsylvania sind noch fast 5.000 Menschen in der Kohleindustrie beschäftigt. Und die Regierung will das alles aufgeben.

Abschaffung der Demokratien

Kohle ist jetzt das Hauptziel, aber Kerry und Co. haben es als Nächstes auf die CO₂-Emissionen von Erdgas abgesehen. Marcellus Shale, die größte Schieferformation des Landes, die Pennsylvania und darüber hinaus mit Erdgas und Wohlstand versorgt, ist in Gefahr, wenn die Klimaalarmisten und die Regulierungsbehörden in Washington ihren Willen bekommen.

Da die sich noch entwickelnde Welt, allen voran China und Indien, neben ihrem wachsenden Appetit auf Erdöl und Erdgas auch die Kohleverstromung rasch ausbaut, macht es einfach keinen Sinn, Amerika bei den CO₂-Emissionen unter Druck zu setzen. Eine solche Strategie schwächt nur

Amerika und Europa, während sie China, Russland und die Petro-Staaten stärkt.

Sie lähmt die Demokratien der Welt und stärkt die autoritären Staaten. Und sie trägt nicht zur Rettung der Umwelt bei.

This article originally appeared in the [Pittsburgh Post-Gazette](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2023/12/30/the-world-will-not-stop-burning-coal-and-using-oil/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

C02-Versuch zum Treibhauseffekt[1],

geschrieben von Admin | 3. Januar 2024

Messung, Versuchsaufgaw, Kein THE

War die COP 28 der letzte Atemzug des Klima-Imperialismus'?

geschrieben von Chris Frey | 3. Januar 2024

Duggan Flanakin

Die Meute hat Dubai verlassen, viele in ihren Privatjets. Die nächste Station der Champagner- und Kaviar-COPcon ist Baku, Aserbaidschan, das mit 28 m unter dem Meeresspiegel ein **angemessener** Ort zu sein scheint, um Net Zero zu begraben. Die Vergabe erfolgte im Anschluss an ein historisches Abkommen zwischen Aserbaidschan und dem benachbarten Armenien, von dem sich beide Nationen erhoffen, dass es den Völkern, die seit langem in tödlichem Streit miteinander liegen, Frieden bringt.

Aserbaidschan, ein mehrheitlich muslimisches Land mit 10 Millionen Einwohnern, liegt an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien. Das Land ist in hohem Maße von der Öl- und Gasförderung abhängig, die fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts und fast 93 Prozent der Exporteinnahmen ausmacht. Baku ist seit 1837 ein **Erdölzentrum**, als die

zaristischen Russen in der Nähe die erste Erdöl-Destillationsfabrik errichteten.

Vor der russischen Revolution von 1905 [produzierte](#) Baku die Hälfte des weltweit auf den internationalen Märkten verkauften Öls. Während des Zweiten Weltkriegs lieferte Baku 80 Prozent des Öls für die russische Ostfront. Seit der Befreiung von der sowjetischen Herrschaft im Jahr 1991 hat das Land seine Infrastruktur wiederaufgebaut und erweitert.

Doch während die neue aserbaidische Regierung die Synagogen wieder aufbaute, begann sie 1990 mit einem Pogrom, um die ansässigen Armenier zu vertreiben. Trotz dieser Vorfälle und der kürzlichen Eroberung der armenischen Bevölkerung in der Region Berg-Karabach westlich von Baku erhielt Aserbaidschan das Recht, die COP 29 auszurichten, nachdem Armenien seine Bewerbung zurückgezogen und Baku unterstützt hatte. Die besiegte quasi-unabhängige Regierung von Berg-Karabach erklärte sich bereit, sich zum 1. Januar 2024 [aufzulösen](#).

In der Zwischenzeit planen die Imperialisten in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten weiterhin den Ausstieg aus den Brennstoffen, die 82 Prozent des weltweiten Stroms liefern – ein Schritt, der die aserbaidische Wirtschaft zerstören würde.

Ein Dutzend Länder, angeführt von den Niederlanden, haben ein hartes Durchgreifen gegen das angekündigt, was die EU als „ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe“ bezeichnet. Kanadas Klimaminister Steven Guilbeault sagt, dass die Schädigung von Ölfirmen „sicherstellt, dass die Ausgaben mit den Klimazielen übereinstimmen“.

Offensichtlich haben diese Planer das Memo nicht erhalten. Oder sie ignorieren die Weisheit des globalen Südens (und übrigens auch Chinas).

Brendan O’Neill wies in brillanter Weise darauf hin, dass „afrikanische Diplomaten auf der COP 28 sagten, dass der Gedanke eines Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Brennstoffe nicht umsetzbar sei“. Darüber hinaus fügte er hinzu: „Indien, China, Brasilien und andere Nationen sind nicht bereit, ihre wirtschaftliche Gesundheit auf dem Altar unseres gestörten Antimodernismus zu opfern.“

O’Neill traf auch die eigentliche Geschichte der COP 28 – dass nämlich zum ersten Mal seit 28 Versuchen der Zusammenstoß zwischen westlichen Ideologen, „die von der modernen Welt erschöpft sind“, und Entwicklungsländern, „die an der modernen Welt teilhaben wollen“, für die Welt offen sichtbar war.

Die Sprecher der Entwicklungsländer neigten dazu, dem zuzustimmen. Der nigerianische [Umweltminister](#) Ishaq Salako zeigte sich erstaunt über die Rhetorik von John Kerry, Al Gore und anderen: „Nigeria oder gar Afrika aufzufordern, aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen, ist so, als würde man von uns verlangen, dass wir ohne Lebenserhaltung aufhören zu atmen“.

Die G77-Koalition von 135 Entwicklungsländern machte ebenfalls deutlich, dass ihre Mitglieder nicht auf die Nutzung von Kohle (und auch von Öl und Gas) verzichten werden, die sie als lebenswichtig ansehen, um, wie ein Sprecher es nannte, „ein würdiges Leben für unsere Menschen“ zu gewährleisten.

Der kenianische [Agraringenieur](#) Jusper Machogu sagte den Delegierten der COP 28: „Wir wollen gedeihen, wir wollen die 90 Prozent der Energie in Afrika ersetzen, die aus der Verbrennung von Brennholz, Kuhmist und Ernterückständen stammen. Wir wollen die **vier Säulen** der modernen Zivilisation haben: Zement, Stahl, Kunststoffe und synthetische Düngemittel, die alle dank fossiler Brennstoffe verfügbar sind.“

Nachdem der Westen 500 Jahre lang Afrikas Ressourcen ausgebeutet und wenig oder gar nichts getan hat, um den Milliarden Afrikanern Wohlstand oder gar Elektrizität zu bringen, versucht er nun, die Afrikaner dazu zu drängen, eine wichtige Quelle des kontinentalen Reichtums aufzugeben – und sie noch tiefer in die Schulden zu treiben, um unwirksame Windparks und Solaranlagen zu installieren. Nur Afrika (und ein paar andere arme Länder) würden darunter leiden, denn China und Indien haben ihren vermeintlichen Vorgesetzten schon lange gesagt, dass sie in den Sand setzen sollen.

Das Institute for Energy Research stellt fest, dass die Nationen zwar „offiziell“ zugestimmt haben, den weltweiten Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren, dass aber Öl, Gas und Kohle immer noch etwa 80 Prozent der weltweiten Energieversorgung ausmachen, wobei die Produktion jedes einzelnen Energieträgers neue [Rekorde](#) erreicht, während der weltweite Energiebedarf steigt. Sogar die schwerfälligen Briten, die sich vor Jahren stolz von der Kohle verabschiedet haben, genehmigten eine neue Kohlemine, kurz nachdem sie erkannten, dass das russische Öl möglicherweise nicht so leicht als Alternative verfügbar ist.

Die weltweiten Zinssätze, die durch die massiven „Net Zero“-Ausgaben der Regierung Biden und der europäischen Regierungen in die Höhe getrieben wurden, erhöhen die ohnehin schon unbezahlbaren Kosten für den Bau neuer Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Kosten, zusammen mit der Empörung der Bürger, erschweren zunehmend den Bau neuer Wind- und Solarparks.

Die UNO räumt ein, dass die Entwicklungsländer in den nächsten Jahren fast sechs Billionen Dollar benötigen würden, um sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden und zu versuchen, ganze Nationen mit intermittierenden Energiequellen zu versorgen – all dies würde entweder von Schulden bei hauptsächlich europäischen Banken oder von strengen Auflagen für Darlehen oder Zuschüsse von Regierung zu Regierung abhängen. Bisherige [Zusagen](#) in Höhe von 100 Milliarden Dollar sind jedoch noch nicht eingetroffen.

[Vielleicht sehen die Entwicklungsländer auch, wie die Aufgabe des

ukrainischen Atomwaffenarsenals das Land anfällig für russische Aggressionen gemacht hat.]

Zunehmende Gegenreaktionen in Europa verstärken den Verdacht, dass die Afrikaner die versprochene „Hilfe“ nie sehen werden. Auf dem jüngsten Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel schlug der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel vor, fast den gesamten 10-Milliarden-Euro-Fonds zu [streichen](#), der den europäischen Ländern beim Bau von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien (Windturbinen, Wasserstoffanlagen, Kohlenstoffabscheidung) helfen soll – eine recht zaghafte Reaktion auf die verschwenderischen Billionen-Dollar-Projekte der Biden-Regierung.

Die schlichte Wahrheit ist, dass nicht einmal der Westen genug Geld übrig hat, um sich von dem Motor zu trennen, der die industrielle Revolution angeheizt hat. Matt Ridley zitiert einen [Artikel](#) von Climate Change Economics, in dem eingeräumt wird, dass das Erreichen von Net Zero bis 2050 etwa eine Billion Dollar pro Jahr an vermiedenen Kosten des Klimawandels einsparen würde – bei Kosten von 10 bis 43 Billionen Dollar pro Jahr allein für den Weg dorthin. Einfach ausgedrückt: Jeder Dollar, der in Net Zero investiert wird, bringt den Westen näher an den Bankrott.

O’Neill [beschreibt](#) COP 28 als „eine Art Krieg zwischen Amerikanern und Europäern einerseits, die der Öko-Religion verpflichtet sind, und Entwicklungsländern andererseits, die mehr am Wachstum interessiert sind“. Allison Pearson [prangert](#) die Öko-Zeloten an, die „behaupten, dass nur sie auf der richtigen Seite der Menschheit stehen“, obwohl ihr Projekt zur „Rettung des Planeten“ eine „schmerzhaft eingeschränkte Einschränkung von Komfort und Freude für Millionen“ (ich würde sagen: Milliarden) bedeutet.

Pearson wirft den Angstmachern vor, die eine „Klimakatastrophe“ ohne Net Zero vorhersagen, dass sie den Elefanten im Raum ignorieren – nämlich dass wir „mit Sicherheit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe erleben werden, wenn wir weiterhin versuchen, dieses Ziel bis 2050 zu erreichen. Die Menschheit kann das nicht ertragen.“

O’Neill verurteilt die „neokoloniale Arroganz, die Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen und Rechten der Menschen in den Entwicklungsländern“, die auf der COP 28 in aller Deutlichkeit zu Tage tritt, als vergebliche Sinnsuche einer Generation, die so verzweifelt danach strebt, so relevant zu sein wie diejenigen, die vor Generationen die Rassentrennung und die Apartheid beendeten.

Der Energieberater Tilak Doshi [rügte](#) auf der COP 26 in Glasgow den „Kohlenstoff-Imperialismus“ der USA, der EU und ihrer Verbündeten aus den Industrieländern, die es wagten, den Entwicklungsländern eine kohlenstofffreie Energiepolitik zu diktieren. Während diese Arroganz in Dubai noch immer zu beobachten war, hat sich seiner Meinung nach etwas

geändert: „Die Regierungsvertreter außerhalb der westlichen Gruppe der Klima-Evangelisten, die die Welt von fossilen Brennstoffen entwöhnen wollen, haben sich deutlich dagegen ausgesprochen.“

Kerry, Gore und die Klimaschützer fiebern ihrem Besuch in Baku entgegen, wo sie ihre Pläne vorstellen wollen, Aserbaidschan in eine verlassene Einöde zu verwandeln und die Hoffnungen und Träume der Afrikaner zu zerstören, die verzweifelt nach bezahlbarem Strom und anderen „modernen Annehmlichkeiten“ suchen.

Vielleicht sollten sie sich jedoch ein Beispiel an der Gastgebernation und ihrem historischen Feind Armenien nehmen, die ihre Waffen niedergelegt haben, um diese glamourösen Barbaren aus dem Westen Arm in Arm zu empfangen.

Als Gro Brundtland den Vorsitz der ersten Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung übernahm, erklärte sie, dass „nachhaltig“ dem höheren Ziel der Armutsbekämpfung weichen muss, und in der realen Welt muss dies auch die Energiearmut einschließen. Es ist an der Zeit, den Klimaimperialismus aufzugeben und Afrika die Freiheit zu geben, sein eigenes Schicksal zu bestimmen.

Das wäre gut für Afrika und noch besser für den Planeten und alle seine Bewohner.

Link:

<https://www.cfact.org/2023/12/29/was-cop-28-climate-imperialisms-last-gasp/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Haben wir die Empörungsmaschinerie der Medien endlich satt? Die Daten lügen nicht.

geschrieben von Andreas Demmig | 3. Januar 2024

The Hill, Andrew Selepak, Meinungsbeitrag – 26.12.23

DIE VON DEN MITWIRKENDEN GEÄUSSERTEN ANSICHTEN SIND IHRE EIGENEN UND NICHT DIE MEINUNG VON THE HILL ODER VON EIKE UND DESSEN ÜBERSETZER

Einleitung durch den Übersetzer: Dieser Meinungsbeitrag passt genauso

gut auch auf das ständige Mantra der katastrophalen Klimaerwärmung, Angesichts dessen jedwede Nachfrage nach realen Daten verpönt ist. Daher hier die Gedanken von Prof. Andrew Selepak zu den Informationsgebräuchen unseren Medien.

Die Terroranschläge vom 7. Oktober auf Israel und der Krieg in Gaza haben bei vielen Menschen Abscheu und Schock hervorgerufen, den die 24-Stunden-Berichterstattung der Mainstream-Nachrichtenmedien über den Krieg und die weltweiten Proteste hat diese Empörung nur noch verstärkt.